

Entschließungsantrag

der Bundesräte Andreas Arthur Spanring, Michael Bernard
und weiterer Bundesräte

betreffend **umgehendes Aussetzen des „Merit-Order-Prinzips“ zur Strompreisfestsetzung**

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 16. Dezember 2025 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Elektrizitätsabgabegesetz geändert wird ([658/A](#) und [371 d.B.](#) sowie [11761/BR d.B.](#)) in der 985. Sitzung des Bundesrates, XXVIII. GP, am 18. Dezember 2025.

Das derzeitige europäische System zur Bildung der Strompreise basiert auf dem sogenannten Merit-Order-Prinzip. Demnach wird der Börsenstrompreis durch das Kraftwerk bestimmt, das zur Deckung der Nachfrage als letztes benötigt wird und somit die höchsten Grenzkosten aufweist. In der Praxis bedeutet dies, dass häufig gasbetriebene Kraftwerke den Strompreis für den gesamten Markt festlegen – trotz eines hohen Anteils günstiger erneuerbarer Erzeugung. Dieses System mag unter Normalbedingungen eine effiziente Einsatzreihenfolge von Kraftwerken gewährleisten, hat sich in der Energiekrise jedoch als struktureller Preistreiber erwiesen.

Durch die massive Verteuerung von Erdgas infolge geopolitischer Verwerfungen wurde der Strompreis europaweit nach oben gezogen, obwohl die tatsächlichen Erzeugungskosten vieler heimischer Stromproduzenten, die beispielsweise Wasserkraft nutzen, weit darunter lagen. Dadurch entstand ein eklatantes Missverhältnis zwischen Produktionskosten und Marktpreisen, das weder marktwirtschaftlich noch sozialpolitisch zu rechtfertigen ist. Diese Fehlentwicklung wurde bereits im Entschließungsantrag 2784/A(E)¹ der FPÖ aus dem Jahr 2022 (NAbg. MMMag.Dr. Kassegger) klar benannt. In diesem wird das Merit-Order-Prinzip als „absurd anmutende Preisbildungsmethodik“ kritisiert und eine Entkoppelung des Strompreises vom Gaspreis gefordert. Die höchsten Zufallsgewinne entstehen im österreichischen Strom-Mix in der Wasserkraft, in der Windenergie und bei Biomasse

Der Antrag argumentiert zutreffend, dass ein einzelner, knapper und geopolitisch hoch volatiler Energieträger nicht dauerhaft als preisbestimmender Faktor für den gesamten Strommarkt fungieren darf. Vielmehr müsse sich der Strompreis wieder stärker an den realen Erzeugungskosten orientieren, um Übergewinne bei inframarginalen Erzeugern zu begrenzen und Haushalte sowie Unternehmen vor unverhältnismäßigen Belastungen zu schützen.

Diese Position wurde in weiterer Folge auch von Bundeskanzler Karl Nehammer aufgegriffen, der wiederholt betonte, dass der Strompreis vom Gaspreis entkoppelt werden müsse „*Wir müssen diesen Irrsinn, der sich derzeit auf den Energiemärkten abspielt, endlich stoppen*“, so Nehammer. „*Man muss den Strompreis vom Gaspreis*

¹ https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/A/2784/fnameorig_1470291.html

entkoppeln, und er muss sich wieder an die tatsächlichen Kosten der Erzeugung annähern“, so Nehammer weiter.

Die politische Linie setzt sich nun fort: In der Sondersitzung des Nationalrates im Dezember 2025 kündigte Bundeskanzler Christian Stocker gemeinsam mit der Bundesregierung einen formellen Vorstoß gegenüber der Europäischen Kommission an, mit dem Ziel, die Merit-Order-Logik in ihrer heutigen preisbestimmenden Wirkung zu beenden oder grundlegend zu reformieren.

Damit wird die Forderung des FPÖ-Entschließungsantrags aus dem Jahr 2022 konsequent weiterentwickelt und zugleich in eine kohärente europäische Reformagenda eingebettet. In diese Linie fügen sich die Positionen der ehemaligen Bundesregierung unter Bundeskanzler Nehammer sowie der aktuelle Vorstoß von Bundeskanzler Stocker gegenüber Brüssel ein. Sie unterstreichen den breiten politischen Konsens, dass das Merit-Order-Prinzip in seiner bisherigen Ausgestaltung nicht länger tragfähig ist.

Manche Länder wie Spanien und Portugal haben den Gaspreis gedeckelt, was auf den Strompreis eine dämpfende Wirkung gehabt hat und noch immer hat.

Die Europäische Kommission hat sich jedoch in diesem Zusammenhang einmal mehr lediglich auf Ankündigungspolitik beschränkt und keine konkreten Initiativen zur dringend erforderlichen Entkopplung der Strom- von den Gaspreisen vorgelegt.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Bundesräte daher nachstehenden


Entschließungsantrag:

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich umgehend und mit Nachdruck auf Europäischer Ebene für ein sofortiges Aussetzen des sogenannten „Merit-Order-Prinzips“ zur Strompreisfestsetzung einzusetzen.“


(SPANRING)


(BERTRAM)


(STEINMAUER)